

Des Westens unablässiges Gleiten auf schiefer Ebene – und die Abhilfe der Liberalen

Von Beat Kappeler

Verleihung des Röpke-Preises für Zivilgesellschaft
Freiheitsfeier des Liberalen Instituts
1. Dezember 2011, Zürich

Auch am Tage nach einer weiteren Hundert-Milliarden-Geldspritze der Notenbanken kann der Liberale nicht aufatmen wie die Börsen es vorderhand wieder taten. Wir haben alle ein „sinking feeling“, das Gefühl der schiefen Ebene, und „wir“, das sind nicht nur Liberale, sondern weiteste Kreise im Volke. Das Vertrauen in zwei Säulen der Zivilisation bröseln, in Papiergeld und Staatskredit.

Auch die kulturelle Technik, wie gesellschaftliche Abmachungen über den Tag hinaus gesichert wurden, nämlich die Schriftlichkeit, ist erledigt. Rentenversprechen werden europaweit gebrochen, die Budgetkriterien des Maastrichter Vertrags übergangen, das „bail-out“-Verbot des Lissabonner Vertrags fünf Monate nach Inkrafttreten überschritten, die im Budgetkompromiss der USA versprochenen automatischen Kürzungen als abwendbar bezeichnet. Trotz 4% Inflation (USA) und 3% (Euroland) blähen die Notenbanken die Geldmengen in nie gesehene Dimensionen auf, entgegen Satzung und Gesetz, Papiergeld beruht auf schlechtem Staatspapier, Staatsausgaben sind monetisiert, Zinsen künstlich unter die Inflation gedrückt, „financial repression“ schafft den „captive investor“.

Es wird alles möglich, jeder Hüftschuss der Politik ist entschuldbar.

Wie kam der alte Westen dazu?

Die Politik hat Wohlfahrt in allen Lebenslagen individuell und ökonomisches Gleichgewicht kollektiv versprochen. Diese zwei Sicherungen wurden als technisch machbar erklärt, wenn man den Staat nur machen lasse. Damit rechtfertigte sich jede Intervention, auch für Bürgerliche:

Einerseits im sogenannt „sozialen Ausgleich“ und zwecks der „Abfederung“ in jeder Lebenslage mit Unsummen an Umverteilung, und als Vorbedingung dazu die Glättung des individuellen Verhaltens, um Anrechte darauf zu erwerben (man muss „Unselbständiger“ sein, Beratung und Betreuung annehmen, etc.)

Andererseits durch Ankurbelungen zwecks Wachstum gemäss einem immer vulgärer interpretierten Keynesianismus. Die Politik erhielt den Freipass für Defizite und Schulden ohne jede Umkehr.

Wir kennen das Ergebnis: die hoffnungslose Überschuldung des alten Westens. Eine Schere tat sich auf: die staatliche Defizitrate liegt deutlich über der nominellen Wachstumsrate des Inlandprodukts in USA, F, I, E, Irl, Gri, Port, GB, B. Neue Ankurbelungen sind damit unmöglich, der „keynesian endpoint“ ist erreicht. Eine Zeitenwende.

Nun setzt die grosse Angst ein, aber auch die Methode Zwinglis: „Tut um Gottes Willen etwas Tapferes“ – unter Bruch aller feierlich eingegangen, früheren „covenants“. Denn die Leidensfähigkeit wurde durch die erwähnten zwei Dominanten westlicher Politik seit 1950 abgeschafft, durch Glättung der individuellen Lebenslagen und das ökonomische Gleichgewicht im Wachstum. Nichts, was Leiden bringt, scheint mehr möglich – kein Abbau von Lebenslagenhilfen, kein Rückbau der Schulden, keine stagnierende oder rückläufige Wirtschaft. Mit Geldexpansion wird jedes Leiden auf später verschoben.

Den Liberalen droht die Deutungshoheit zu entgleiten – die private Wirtschaft, die Banken, die individuelle Gier, der homo oeconomicus hätten versagt, heisst es, daher „Danke Staat“ (Titel in „Die Zeit“ nach der Rettung der – staatlichen – Länderbanken in D).

Die Aufgaben der Liberalen

Die Liberalen fassen heute daher zwei Aufgaben, um Freiheit und wirklichen Wohlstand wirklich zu retten:

Die Deutung: es ist vom Ablauf und von den Ursachen her klar, dass die Verwerfungen mit politisch voluntaristischen Entscheiden begannen – mit der massiven Wohneigentumsförderung für mittellose Haushalte durch die US-Regierungen seit Präsident Carter, durch die Einrichtung der künstlichen Währung Euro, welche die Verschuldung Privater wie der Staaten zu deutschen Tiefzinsen erlaubte, durch die konjunkturellen Ankurbelungen und durch die unfundierten Renten- und Stützungssysteme. Die Politik und die Politiker haben vor aller Augen versagt, nicht die private Wirtschaft. Diese Deutung muss offensiv, repetitiv und ohne Schonung der Verantwortlichen vorgetragen, begründet und immer neu nachgeführt werden. Die Zitterpartien der (mit dem 9. Dez. 2011) bereits 13 Euro-Rettungskonferenzen sind eine Illustration.

Zur richtigen Deutung gehören der Grundsatz, dass zuallererst jedes Individuum selbst für sich verantwortlich ist und Ungleichheit kreativ wirkt, dass visionäre, holistische Projekte nie dem Staat übertragen werden dürfen, dass ökonomisches Gleichgewicht, und Gleichgewicht im Wachstum eine Illusion ist, dass Schulden beglichen werden müssen, dass Preise und Löhne nominal auch sinken können, und dass es „no free meal“ gibt. Eine Gesellschaft eins-zu-eins, nicht immer „um-zu“.

Richtige politische Einrichtungen, welche den selbstbezogenen Menschen (vulgär: homo oeconomicus genannt) nicht nur durch Wettbewerb auf Märkten zügeln, sondern auch den „politischen Unternehmer“, also den genau so auf Vorteile ausgerichteten Politiker zügeln. Seit der Politologie des „Public Choice“ wissen wir, dass parlamentarische Demokratien diesbezüglich entgleiten, dass sie den Staat durch die Kreuzkompromisse der an sich minderheitlichen Interessengruppen aushöhlen, überschulden (Mancur Olson). Auch direktdemokratische Einrichtungen bieten trotz des schweizerischen Beispiels der Nüchternheit des Volkes keine Sicherheit, wie Kaliforniens Abstimmungskaskaden seit 40 Jahren zeigen (immer Ja zu Steuersenkungen wie zu Ausgabensteigerungen). Es braucht also höher gesetzte Normen der Selbstbindung der Akteure – Schuldenbremsen beim Staatsbudget, „Nachhaltigkeitsfaktoren“ in den Sozialversicherungen, Garantie interventionsfreier Bereiche, Möglichkeit des „opting-out“ durch Bürger und Bürgergruppen, den Goldstandard als Gelddisziplin, (und als kleines Beispiel einer Selbstbindung der Akteure: wenn der US-Congress sich die Diäten erhöht, gelten sie erst ab folgender Legislatur, 27th amendment USA). „Höher gesetzt“ muss allgemein heißen, auf höherer Verfassungsebene festgeschraubt, und durch qualifizierte Mehrheiten verankert.

Vernachlässigt der Westen diese Rezepte, gerät er in tödliche Gefahr, in wirtschaftliche Stagnation, in gesellschaftliches Chaos. Die Alternative des chinesischen Politbüros würde chancenreich – straffe Technokratenregierungen mit Kooptation anstatt Wahlen, legitimiert einzig durch wirtschaftlichen Erfolg.

Auch die „höhere Stufe der Schriftlichkeit“ sichert die Freiheit nicht über den Tag und über die Willkür des vermeintlich „Tapferen“ hinaus, wenn nicht die Deutungshoheit errungen wird, und wenn nicht Liberale wieder medienwirksam zu kämpfen lernen: Canvassing von Tür zu Tür, Widerspruch in Versammlungen, die von Protestlern besetzten Orte selbst auch besetzen, Demonstrationen, Appelle, Forderungen im Gewand der Moral. Liberale Lösungen sind nicht nur technisch nachhaltig, sondern ethisch richtig.